



LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
197 · Ausgabe BL·BS · November 2021



FILMMATINEE UND PODIUMSDISKUSSION

ARADA – Verbannt in eine fremde Heimat

DER DOKUMENTARFILM «ARADA – VERBANNT IN EINE FREMDE HEIMAT» ERZÄHLT VON DREI MÄNNERN, DIE ZWAR IN DER SCHWEIZ AUFGEWACHSEN SIND, JEDOCH KEINEN SCHWEIZER PASS HABEN. MUSTAFA, VEDAT UND DURAN WERDEN WEGEN STRAFTATEN IN DIE TÜRKEI AUSGEWIESEN, DIE HEIMAT IHRER ELTERN. IN DIESEM NEUEN UMFELD BEMÜHEN SIE SICH NUN, IHREN PLATZ ZU FINDEN UND EIN GEFÜHL VON HEIMAT ZU ENTWICKELN. DOCH SIE VERMISSEN IHRE FAMILIEN, WELCHE SIE ZURÜCKLASSEN MUSSTEN, UND HALTEN AN IHRER SCHWEIZERISCHEN IDENTITÄT FEST.

Welche Einzelschicksale verbergen sich hinter den Folgen der Ausschaffungsinitiative?

Die Schweiz hatte immer schon ein zwiespältiges Verhältnis zum Fremden. Sie sieht es als «noble Pflicht» an, Asylsuchende aufzunehmen. Gleichzeitig ist sie auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. So ist es heute, und so war es auch damals in den 60er-Jahren, in denen sich abertausende Italiener und Spanier als Saisoniers in die Schweiz aufmachten. Dennoch verfolgt die offizielle Schweiz seit jeher das Ziel, den Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz einzudämmen.

Die Diaspora aus der Türkei stellt die sechstgrösste Migrant:innengruppe der Schweiz dar. Über 120 000 Menschen türkischer Herkunft leben in der Schweiz. Fast alle haben eine dauerhafte Niederlassungsbewilligung, auch wenn mehr als die Hälfte nur einen türkischen Pass besitzen. Rund 45 000 türkische



Elisa Carandina,
Co-Präsidentin
SP Migrant:innen BL



Isi Fink, Co-Präsidentin
SP Migrant:innen BS

Einwanderer und Einwanderinnen sind Schweizer:innen geworden. Alle anderen könnte theoretisch ein ähnliches Schicksal heimsuchen wie Mustafa, Vedat und Duran, die aus ihrer Heimat – der Schweiz – ausgewiesen wurden.

Die meisten Menschen aus der Türkei leben in der Deutschschweiz, vor allem in den Kantonen Zürich, Aargau, Basel-Stadt und Basel-Land. Während etwa im Kanton Aargau vorwiegend Türk:innen mit türkischer Identität wohnhaft sind, leben in der Region Basel vor allem türkische Kurd:innen. Schweizweit wird deren Zahl auf 70 000 geschätzt. Allein in Basel-Stadt wohnen 12 000. Proportional leben somit weitaus mehr türkische Kurd:innen in der Schweiz als etwa in Deutschland.

«Arada» heisst im Türkischen «(da-)zwischen». Der Dokumentarfilm setzt bei der Bedeutung von Heimat an und fragt, was mit einem Menschen passiert, der aus dieser verbannt wird. Über diese Frage,

über die Auswirkungen der Ausschaffungsinitiative auf Betroffene, über die Rechte der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz und über mögliche politische Aktionen diskutieren wir im Anschluss an die Filmvorführung mit dem Regisseur Jonas Schaffter.

Die SP Migrant:innen Basel-Stadt und Baselland freuen sich auf eine zahlreiche Teilnahme und eine spannende Diskussion.

ARADA – VERBANNT IN EINE FREME HEIMAT

Filmvorführung mit anschliessender Podiumsdiskussion

Samstag, 20. November 2021,
10 Uhr, Stadtkino,
Klostergasse 5, Basel

Für bezahlbares

TAUSENDE MENSCHEN MUSSTEN IN DEN LETZTEN JAHREN WEGEN MASSENKÜNDIGUNGEN UND RENDITESANIERUNGEN IHR ZUHAUSE VERLASSEN. DIE MIETEN STEIGEN UND STEIGEN. WIR DÜRFEN JETZT KEINE ZEIT MEHR VERLIEREN UND MÜSSEN DIESER ENTWICKLUNG EINEN RIEGEL SCHIEBEN. DARUM JA ZUM ECHTEN WOHN SCHUTZ AM 28. NOVEMBER!

Schorenweg (4058), Sevogelstrasse (4052), Lothringerstrasse (4056), Sennheimerstrasse (4054) oder Sempacherstrasse (4053)....: Die Liste der Massenkündigungen liesse sich fast beliebig weiterführen. Tausende Menschen haben in den letzten Jahren überall im Kanton wegen Massenkündigungen und Renditesanierungen ihre Wohnung verloren.

Renditesanierungen führen zu massiv steigenden Mieten

Durchschnittlich sind die Mieten in Basel-Stadt seit 2008 um über 16 Prozent gestiegen. Bei den Wohnungen, die auf Suchportalen zu finden sind, beträgt der Preisanstieg sogar 30 Prozent! Das zeigt eindrücklich: Mit Wohnen lässt sich leicht viel Geld verdienen, vor allem wenn den Mieter:innen gekündigt und die Wohnung neu vermietet wird. Die betroffenen Menschen, darunter

viele ältere Personen, bleiben auf der Strecke: Sie werden aus ihren Wohnungen verdrängt und können sich die maximierten Mieten schlichtweg nicht mehr leisten. Dies betrifft längst auch den Mittelstand, Familien und Singles.

Keine Zeit mehr verlieren

Der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt seit der Finanzkrise 2008 Jahr für Jahr. Daran ändert auch das schwache aktuelle Gesetz nichts, über welches letztes Jahr abgestimmt wurde. Ohne weitere Regeln wird es bald keine bezahlbaren Wohnungen mehr geben. Es ist höchste Zeit, sonst ist es für immer zu spät. Abwarten und Teetrinken ist jetzt definitiv die falsche Strategie.

Verbesserungen durch die Initiative	aktuelles Gesetz	mit Initiative
Schutz für den Mittelstand	–	✓
Einfaches, unbürokratisches Verfahren für faire Vermieter:innen	–	✓
Regelungen zum Schutz von älteren und langjährigen Mieter:innen	–	✓
Umweltfreundliche Sanierungen mit fairen Mietzuschlägen	–	✓

Wohnen!

Weniger Bürokratie für faire Vermieter:innen

Während Mieter:innen ein Dach über dem Kopf zum Leben benötigen, sehen grosse Investor:innen wie Banken, Versicherungs- und Immobilienkonzerne in Wohnungen eine reizvolle Anlage zum ungebremsten Geldverdienen. Wohnen ist aber primär ein Grundrecht und kein Finanzprodukt.

Damit dies klar wird, braucht es endlich einen griffigen Wohnschutz. Die fairen Vermieter:innen werden dank der Initiative mit einem vereinfachten Bewilligungsverfahren künftig einen Vorteil haben.

Wohnschutz ist Klimaschutz

20 Prozent des Energieverbrauchs bei Gebäuden entsteht durch Abbruch, Umbau und Neubau. Gebäude sollen daher nur dann abgerissen oder umgebaut werden, wenn der Umweltnutzen grösser ist als der Schaden an Klima und Natur. So können unsere natürlichen Ressourcen geschont und CO₂ eingespart werden. Die Initiative will ökologisch sinnvolle Sanierungen fördern und renditetrierte Neu- und Umbauten begrenzen. Das schützt unser Klima und das Recht auf Wohnen in unserem Kanton.

Lassen wir uns nicht täuschen!

Die Gegner:innen führen immer wieder Genf als schlechtes Beispiel an. Dabei stützen sie sich vor allem auf ein Papier von Avenir Suisse, das auf 21 Jahre alten Zahlen beruht. Die aktuellen Fakten des Bundesamtes für Statistik sprechen aber eine andere Sprache: In Genf wird aktuell mehr in die Sanierung von Immobilien investiert als in Basel-Stadt. Einfach ohne Renditemaximierung. Darum steigen die Mieten in den geschützten Wohnungen kaum. Und die Umzugsquote unterscheidet sich zwischen Genf und Basel nur minimal.

PAROLEN DER SP BASEL-STADT FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 28. NOVEMBER

Kantonal

Initiative für ein Ja zum echten Wohnschutz

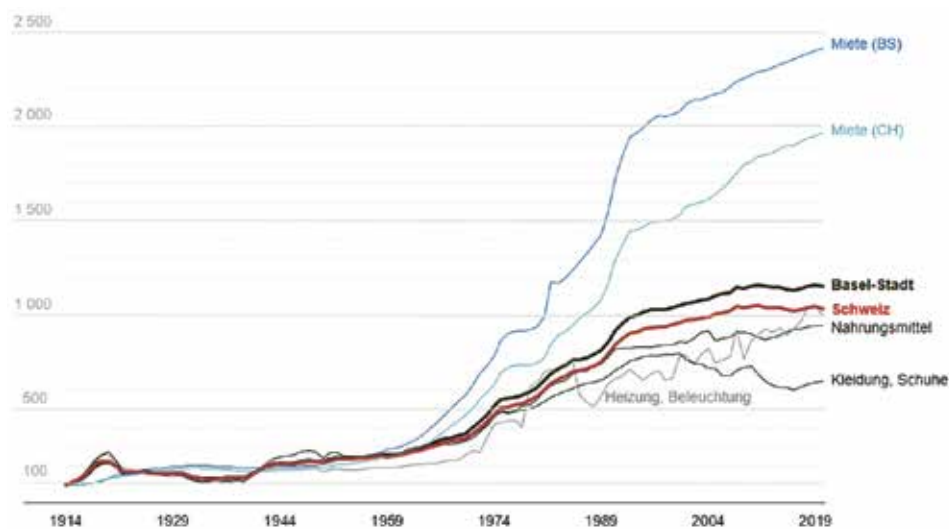
Ja

National

Pflegeinitiative
Justiz-Initiative
Covid-19-Gesetz

Ja
Nein
Ja

Basler- und Landesindex der Konsumentenpreise im Vergleich zum Mietpreis



Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt



«Faire Vermieter:innen profitieren von einem Ja zum ECHTEN Wohnschutz! Vereinfachte Verfahren schaffen Anreize für sanfte Sanierungen.»

Stefan Wittlin, Grossrat und Architekt



«Ein Ja zum ECHTEN Wohnschutz setzt auf ökologische Sanierungen statt Abriss. Damit vermeiden wir die Vernichtung grauer Energie und erhalten bezahlbaren Wohnraum.»

Alexandra Dill, Grossrätin und Mitbegründerin Markthallen AG Basel



«Unser Zuhause wird Finanzprodukt! Steigende Mieten und Verdrängung sind die Folgen. Nur mit einem echten Wohnschutz bremsen wir diese Entwicklung.»

Ivo Balmer, Grossrat und Berater für gemeinnützigen Wohnungsbau

BILDUNGS- VERANSTALTUNG ZU ALTERSFRAGEN

Alterspolitik ist ein vielseitiges Thema. Wir wollen diesem unseren nächsten Bildungstag vom 4. Dezember 2021 widmen und beleuchten am Morgen vier Aspekte:

1. Mit dem ehemaligen Nationalrat Ruedi Rechsteiner unterhalten wir uns über die Zukunft der Altersvorsorge.
2. In einem zweiten Input wird uns Amina Trevisan, Gründerin der NGO Prosalute, über die gesundheitliche Situation von älteren Migrant:innen in der Schweiz und die Stärkung ihrer Rechte erzählen.
3. Einsamkeit und Armut im Alter stellen eine grosse Herausforderung dar. Wie wir dieser begegnen können, wird Peter Howald, Co-Präsident Graue Panther Nordwestschweiz und ehemaliger Grossrat, in seinem Beitrag erläutern.
4. Mit zunehmendem Alter verringert sich meist auch der Bewegungsradius. Darum werden selbstbestimmtes Wohnen in Würde und das jeweilige Wohnumfeld immer wichtiger. SP-Nationalrätin Sarah Wyss wird einen Input zu Wohn- und Lebensformen im Alter geben.

Nach einer gemütlichen Mittagspause im Restaurant «Zum goldige Lamm» beschäftigen wir uns mit dem Positionspapier «In Würde altern – Basel-Stadt wird ein altersfreundlicher Kanton». Wir freuen uns auf spannende Referate und den Austausch mit euch!

Samstag, 4. Dezember 2021

10 bis 16 Uhr, Grosser Saal,
Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1

Mittagessen: im Restaurant
Zum goldige Lamm (Kosten: CHF 10.–,
verbindliche Anmeldung)

Anmeldung: bis am 28. November unter:
soz.li/altersfragen oder bei
julia.baumgartner@sp-bs.ch
(061 685 90 21)

Basiskampagne in Riehen



Rafael Hunziker,
Campaigner SP Riehen
seit September 2021

Für die anstehenden Gemeindewahlen in Riehen werden wir eine Basiskampagne durchführen. Nach mehreren erfolgreichen Basiskampagnen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene soll in Riehen die Basiskampagne erneut ein wichtiger Bestandteil des Wahlkampfes sein. Die Basiskampagne wird von Rafael Hunziker als Campaigner begleitet. Hochmotiviert für das Kommende, stellt er sich hier vor.

«Ich bin 22 Jahre alt, wohne in Liestal und studiere Soziologie und Rechtswissenschaften an der Universität Basel. Seit gut einem Jahr bin ich Mitglied der SP Baselland und der JUSO Baselland. Neben meinem Studium und der Politik ist die Musik meine grosse Leidenschaft. Ich freue mich sehr darüber, die SP Riehen in ihrem Wahlkampf als Basis-Campaigner zu begleiten. Das Ziel der Basiskampagne ist, möglichst viele Mitglieder und Sympathisant:innen der SP in den Wahlkampf einzubeziehen. Wir reden mit den Menschen, nicht über sie. Meine Aufgabe liegt in der Organisation und Koordination von

euch als aktiven Mitgliedern. Gemeinsam arbeiten wir darauf hin, dass die SP auch in der kommenden Amtszeit die stärkste Fraktion im Einwohnerrat Riehen ist und eine Stimme bleibt, die von der bürgerlichen Mehrheit nicht überhört werden darf. Wir organisieren Politapéros und Telefonanlässe, um Mitglieder zu aktivieren und möglichst viele Wähler:innen zu erreichen. Nur wenn die breite Basis der SP Riehen zusammen mit Mitgliedern aus der Stadt und vielleicht sogar aus dem Nachbarkanton sich aktiv am Wahlkampf beteiligt, wird diese Wahl ein Erfolg. Dafür suchen wir fleissige Helfer:innen. Fühlst du dich angesprochen und willst dich einbringen? Dann melde dich an über den QR-Code oder schreibe mir direkt eine Mail (rafael.hunziker@sp-bs.ch). Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf, der uns zusammenschweisst für die Sozialdemokratie.»



Für die kantonalen Wahlen 2020 haben viele Mitglieder mit Wähler:innen gesprochen.

AGENDA SP BS

- Samstag, 20. November 2021, 10 Uhr
Filmvorführung «Arada – verbannt in eine fremde Heimat» (vgl. Seite 9)
Stadtkino, Klostersgasse 5, Basel
- Sonntag, 21. November 2021, Vormittag
Grenzüberschreitendes SP-Treffen
Gemeindehaus Riehen
- Sonntag, 28. November 2021
Abstimmungssonntag
- Montag, 29. November 2021, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionssaal im 1. Stock
- Samstag, 4. Dezember 2021, 10–16 Uhr
Bildungstag zur Alterspolitik (vgl. oben)
Gewerkschaftshaus, Grosser Saal im 1. Stock
- Montag, 6. Dezember 2021, 13.15 Uhr
Ausflug ins Bundeshaus
Zug ab Basel SBB um 13.15 Uhr

42 Millionen für die 172 Reichsten

DIE BASELBIETER REGIERUNG HAT EINE VERMÖGENSSTEUERREFORM ANGEKÜNDIGT. KONKRET WILL REGIERUNGSRAT ANTON LAUBER DIE STEUERLICHE BEWERTUNG VON WERTSCHRIFTEN ANPASSEN UND DIE SPITZENVERMÖGENSSTEUERSÄTZE UM 30 % KÜRZEN. INSGESAM KOSTEN DIESE STEUERPRIVILEGIEN DEN KANTON UND DIE GEMEINDEN RUND 42 MILLIONEN. DAS WÜRDIE DIE SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH WEITER ÖFFNEN UND ZU ABBAUMASSNAHMEN BEI DER ÖFFENTLICHEN HAND FÜHREN.

Vor kurzem war ich in der SRF-Sendung Arena zum Thema *Steuersystem und Ungleichheit*. Es ging nicht lange, bis der Vorwurf im Raum stand: Die SP ist eifersüchtig auf die Reichen. Das stimmt natürlich nicht, ich gönne allen ihren Luxus und ein Leben frei von Existenzängsten. Doch die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit wirkt sich gleich mehrfach negativ auf unsere Gesellschaft aus, darum wehren wir uns dagegen.

■ **Gekaufte Demokratie:** Eine höhere Vermögenskonzentration führt zu mehr Korruption und damit zu einer Schwächung der Demokratie. Für entsprechende Beispiele braucht es keinen Blick über den Atlantik, wir haben in der Region Basel eigene Erfahrungen damit gemacht: Superreiche wie Christoph Blocher kaufen ganze Medienhäuser auf, führen mit millionenschweren Kampagnen die gewünschten Abstimmungsresultate herbei und bauen sich im Parlament eine finanzstarke Lobby für ihre Partikularinteressen auf. Es ist kein Zufall, dass die Mitte, FDP und SVP nach der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative nun einen Angriff auf NGOs und Kirchen gestartet haben. Wenn es nach den Bürgerlichen geht, soll politische Einflussnahme in der Schweiz den Konzernen und ihren Aktionären vorbehalten sein.



Samira Marti,
Nationalrätin SP BL

■ **Das Geld fehlt anderen:** Der Reichtum der einen hat einen direkten Zusammenhang mit der Armut der anderen. Die Reallöhne stagnieren seit fünfzehn Jahren und die Arbeitsmarktsituation wird für ältere Arbeitnehmende immer schwieriger. Gleichzeitig schöpfen die Superreichen weltweit Gewinne ab, die von der Allgemeinheit erarbeitet wurden. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Konzerne Moderna und Biontech. Deren mRNA-Impfstoffe wurden dank jahrzehntelanger, staatlich finanzierter Investitionen in die Grundlagenforschung entwickelt. Die Milliarden Gewinne werden nun an die Aktionäre ausbezahlt.

■ **Volkswirtschaftlich schädlich:** Die Superreichen haben so viel, sie können gar nicht genügend ausgeben. Ihr Konsum ist deshalb ökonomisch zu tief und ihre Sparquote zu hoch. Sie blasen via Börsenspekulation den Finanzmarkt auf und machen damit die gesamte Wirtschaft instabil. Ihr Geld fehlt gleichzeitig der Realwirtschaft und die Konsument:innen müssen sich verschulden oder verzichten. Dieses Ungleichgewicht hat die Finanzkrise 2007 verursacht. Aktuell treiben sie damit die Immobilien- und Bodenpreise in die Höhe.

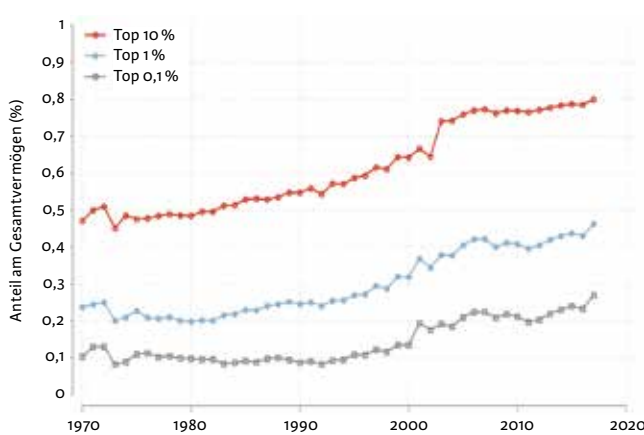
Unser Steuersystem sollte deshalb dringend die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen korrigieren. Heute passiert jedoch das Gegenteil. Die Superreichen und die Konzerne werden steuerlich privilegiert, während die Menschen auf Arbeit und Konsum immer mehr bezahlen.

■ **Krasse Umverteilung nach oben**
Schweizweit kam das Kapital in den letzten Jahren in den Genuss von Steuerprivilegien bei Erbschafts-, Unternehmens- und Kapitalsteuern von jährlich mindestens 4,5 bis 5,5 Milliarden Franken. Gleichzeitig wurden unter anderem Mehrwertsteuer und ALV-Beiträge für die arbeitende Bevölkerung um jährlich 2 bis 2,5 Milliarden erhöht.

Die angekündigte Baselbieter Reform der Vermögenssteuer reiht sich nahtlos in diese Entwicklung ein. In den letzten 20 Jahren wurden Unternehmen und Reiche im Kanton Basel-Landschaft um 180 Millionen pro Jahr privilegiert, während die Prämienverbilligungen gekürzt, ÖV-Linien abgeschafft und Bildungsangebote reduziert wurden. Zusätzlich wurde eine Erhöhung der Einkommensteuersätze für tiefe Einkommen von Regierungsrat Lauber bereits angekündigt.

Es wird in nächster Zeit die zentrale Herausforderung der SP Basel-Land sein, diese Reform zu verhindern. Wenn wir das nicht schaffen, fällt der finanzielle Spielraum, der heute für kantonale und kommunale Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur bestehen würde, sofort wieder weg und die Vermögensungleichheit im Kanton würde zusätzlich angetrieben. Das Resultat wäre wiederum ein jahrelanger Abwehrkampf gegen neue Abbau- und Sparvorlagen. Dagegen müssen wir uns wehren.

**Kanton Basel-Landschaft:
Vermögenskonzentration seit 1970**



Schon vor 50 Jahren besass das reichste Prozent einen Fünftel der Vermögen. Trotz Dotcom-Blase, Jahrhundert-Finanzkrise, Eurokrise und zuletzt Corona-Krise (nicht in der Grafik) wachsen die Vermögensanteile der Superreichen unbeirrt weiter. Heute besitzt das reichste Prozent im Baselbiet fast die Hälfte des Gesamtvermögens.

Integration umsetzen: Ja zum KIP



Tania Cucè,
Landrätin, Mitglied
der Justiz- und Sicher-
heitskommission

Bereits seit 2014 hat der Kanton Baselland ein kantonales Integrationsprogramm (KIP). Im Mai 2021 hat der Landrat mit grosser Mehrheit der Ausgabenbewilligung zugestimmt, damit das KIP für die Jahre 2022–2023 finanziert werden kann. Dagegen hat die SVP das Referendum ergriffen. Die Hälfte der Kosten für das KIP trägt der Kanton zusammen mit den Gemeinden, die andere Hälfte wird vom Bund übernommen. Bei einer Ablehnung der Ausgabenbewilligung würden nicht nur der kantonale Beitrag zum KIP wegfallen, sondern auch jener des Bundes. Die Mittel für eine erfolgreiche Integration würden fehlen.

Über das KIP werden spezifische Integrationsmassnahmen und -projekte in insgesamt acht Förderbereichen finanziert. Die Förderbereiche sind auf die drei Hauptpfeiler *Ankommen*, *Leben* und *Begegnen* aufgeteilt. Die Schwerpunkte des Baselbieter KIP liegen auf den Förderbereichen *Sprache*, *Frühe Kindheit* und *Beratung*. 80 % der budgetierten Gel-

der werden für diese Bereiche aufgewendet. Mehr als die Hälfte fliesst in die Verbesserung der Sprachkenntnisse. Der Landrat, der Regierungsrat, der Verband der Baselbieter Gemeinden und die Parteien SP, GLP, EVP und Grüne unterstützen die Vorlage.

Integration – eine Investition in die Zukunft

Wer in unserem Kanton lebt, soll sich hier zuhause fühlen und zu unserer Gesellschaft gehören. Dafür ist eine erfolgreiche Integration notwendig. Das KIP fördert die Chancengleichheit durch Beratungen, Sprachbildungs- und Frühförderangebote. Eine wichtige Fördermassnahme ist die ausgebaute Frühförderung: Sie unterstützt fremdsprachige Kinder im Primarschulalter dabei, die für sie bestehenden zusätzlichen Hürden zu meistern. Ausserdem ist die Investition in eine erfolgreiche Integration auch eine nachhaltige Investition in unsere Zukunft. Wir können durch gute Integration Menschen besser in den Arbeitsmarkt integrieren, was die Gemeinden nicht nur finanziell entlastet, sondern auch zu mehr Steuereinnahmen führt.

Bewährtes beibehalten

Das kantonale Integrationsprogramm hat sich bewährt und trägt massgeblich dazu bei, dass der Baselbieter Integrationsauftrag erfüllt werden kann. Die Vorlage für die Weiterführung des Kantonalen Integrationspro-

gramms ist ausgewogen und gemeinsam mit den Gemeinden, die einen grossen Teil der Integrationsaufgaben wahrnehmen, ausgearbeitet worden. Das von der SVP ergriffene Referendum würde die kantonale und kommunale Integrationsarbeit erschweren. Zudem würde die Finanzierung für viele NGOs und Vereine, die tagtäglich Integrationsarbeit im Baselbiet leisten, wegfallen. Das bestehende Engagement von Vereinen und NGOs im Bereich von sprachlicher Förderung, Beratung und Unterstützung könnte nicht weitergeführt werden. Viele Organisationen müssten aufgrund der Finanzierungslücke um ihre Existenz bangen.

Integration ist eine wichtige kantonale Aufgabe. Mit einem Ja zum KIP ermöglichen wir, dass der Kanton, die Gemeinden und Vereine ihr Integrationsangebot aufrechterhalten können. Dadurch unterstützen wir die zugewanderte Bevölkerung bei der Integration in den Arbeitsmarkt und erleichtern den Zugang zur Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund. Mit der Weiterführung der bewährten Integrationsarbeit ermöglichen wir allen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Darum braucht es ein Ja zum Kantonalen Integrationsprogramm am 28. November!

Mehr Informationen auf:
ja-zum-kip.ch

zämme läbe,
zämme schaffe,
zämmehebe

JA

zum Kantonalen
Integrationsprogramm
am 28. November

SP wehrt sich gegen stigmatisierenden Langzeitabzug in der Sozialhilfe

AUFGRUND VON VERSCHIEDENEN FORDERUNGEN AUS DEM PARLAMENT HAT DIE REGIERUNG EINE TEILREVISION DES SOZIALHILFEGESETZES (SHG) AN DIE HAND GENOMMEN. MIT DEM VORLIEGENDEN GESETZ SOLL EIN MOTIVATIONSSYSTEM EINGEFÜHRT WERDEN – INKLUSIVE LANGZEITABZÜGEN FÜR PERSONEN, DIE WÄHREND MEHR ALS ZWEI/DREI JAHREN AUF DIE UNTERSTÜTZUNG DER SOZIALHILFE ANGEWIESEN SIND. NEBEN DIESER FÜR UNS NICHT AKZEPTABLEN NEUERUNG ENTHÄLT DIE TEILREVISION DES SHG AUCH EINIGE VERBESSERUNGEN.



Mirjam Würth,
Landrätin SP BL

Die Forderung der SP, im Bereich der Prävention mehr zu leisten, wird mit der gesetzlichen Grundlage für ein kantonales Assessmentcenter in die Teilrevision des SHG mit aufgenommen. Das Assessmentcenter ist der Sozialhilfe vorgelagert und soll als Drehscheibe verschiedener sozialstaatlicher Institutionen fungieren.

Auch dem sozialdemokratischen Anliegen, dass Sozialhilfe nicht nur wirtschaftlich verwalten, sondern die Re-Integration aktiv fördern soll, wird mit der Regelung von Aus- und Nachbildung nachgekommen. Die Unterstützung während einer Ausbildung wird klar geregelt und es wird möglich, dass die Sozialhilfe auch weiterführende Ausbildungen unterstützt.

Zu den begrüssenswerten Verbesserungen gehört auch, dass Anreizbeiträge für Arbeitgebende ausgerichtet werden, die Personen aus der Sozialhilfe anstellen, oder dass der Vermögensfreibetrag für Personen über 55 Jahre erhöht, der Grundbedarf der Teuerung angepasst und das Kindwohl im Gesetz verankert wird.

Dennoch vermögen diese Vorteile der Teilrevision den Langzeitabzug bei weitem

nicht aufzuwiegen. Dieser stellt für uns eine rote Linie dar. Menschen, die es innerhalb von zwei/drei Jahren nicht geschafft haben, sich von der Sozialhilfe zu lösen, soll der Grundbedarf pauschal um 4 % (40 Franken) gekürzt werden. Zwar gibt es in Bezug auf diesen pauschalen Abzug Ausnahmeregelungen, aber der pauschale Langzeitabzug unterstellt sozialhilfebeziehende Menschen dem Generalverdacht, dass sie schon könnten, wenn sie nur wollten. Dies ist nicht nur falsch, sondern auch stigmatisierend: Was Sozialhilfebeziehende brauchen, sind Chancen auf dem Arbeitsmarkt und nicht (Anreize und) Sanktionen, mit welchen suggeriert wird, dass ihre Notsituation auf mangelnde Motivation zurückzuführen sei. Wir wollen unter keinen Umständen dazu beitragen, unsäglicher Trendsetter zu werden und als einziger Kanton Menschen, die längerfristig auf die Sozialhilfe angewiesen sind, unter Generalverdacht zu stellen.

Im Widerspruch zur Idee der Sozialhilfe

Schon ohne den Langzeitabzug unterschreitet der im Kanton Baselland gültige Grundbedarf die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Was bereits heute dazu führt, dass eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur sehr eingeschränkt möglich ist. Eine weitere Absenkung des Grundbedarfs wäre für die Betroffenen einschneidend und widerspricht auch der Idee der Sozialhilfe als Grundsicherung.

Menschen, die auf die Sozialhilfe angewiesen sind, gehören mit zu den Schwäch-

ten unserer Gesellschaft. Das Risiko, in das letzte Sicherheitsnetz unserer Gesellschaft abzurutschen, ist für Frauen mit Kindern am grössten.

Deshalb hat die SP-Fraktion bei der Gesetzesberatung im Landrat den Antrag gestellt, dass der Langzeitabzug von 40 Franken aus dem Gesetz gestrichen wird. Wir haben klar kommuniziert, dass dieser Langzeitabzug für uns eine rote Linie darstellt. Wird diese überschritten, bekämpfen wir die Teilrevision des SHG.

Unser Antrag wurde am 21. Oktober mit 37 zu 43 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, aber wir werden ihn in der zweiten Lesung nochmals stellen und zwischenzeitlich versuchen, weitere Parlamentarier:innen für die Streichung des Langzeitabzuges zu gewinnen. Fällt der Langzeitabzug, wird die SP BL das Gesetz annehmen und ihm so zu einer komfortablen Mehrheit verhelfen.

Falls der Langzeitabzug nicht gestrichen wird, wird eine grosse Mehrheit der SP-Fraktion das ganze Gesetz ablehnen und dadurch eine Abstimmung über das SHG erzwingen.

PAROLEN DER SP BASELSTADT FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 28. NOVEMBER

Kantonal

Ja zum Kantonalen Integrationsprogramm

National

Ja zur Pflegeinitiative
Nein zur Justizinitiative
JA zum Covid-19-Gesetz

AGENDA SP BL

- **Donnerstag, 4. November 2021, 17 bis 21 Uhr**
Walk of Care, 17 Uhr, Liestal
Podium im Laufwerk Liestal, 19.30 Uhr
- **Montag, 8. November 2021, 20 Uhr**
Podiumsdiskussion zur Pflegeinitiative in Bottmingen
Aula Burggartenschulhaus in Bottmingen
- **Samstag, 20. November 2021, 10 Uhr**
Filmvorführung «ARADA – Verbannt in eine fremde Heimat» mit anschliessender Podiumsdiskussion
Stadtkino, Klostergasse 5, Basel

AUS DEM LANDRAT

Solarenergie konsequent nutzen

DIE SP BASELSTADT HAT AN IHRER DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 23. SEPTEMBER DEN KLIMAPLAN FÜRS BASELBIET VERABSCHIEDET. IM ANSCHLUSS DARAN HAT DIE LANDRATSFRAKTION MIT EINEM VORSTOSSPAKET ZUR SOLARENERGIE DIE KONKRETE UMSETZUNG DES KLIMAPLANS VORANGETRIEBEN.

Die Solarenergie hat von den verschiedenen erneuerbaren Energieträgern das weitaus höchste Ausbaupotenzial. Die technische Entwicklung hat in den letzten Jahren immer wieder Innovationen hervorgebracht, beispielsweise im Bereich der Materialien für Solarmodule oder der Speichertechnik.

Will der Kanton seine Versprechen punkto Klimaschutz wahr machen, muss der Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion deutlich entschiedener vorangetrieben werden, als dies heute der Fall ist. Zudem ist damit zu rechnen, dass mit der zunehmenden Elektrifizierung im Verkehr und im Wärmesektor der Strombedarf steigen wird.

Wir fordern deshalb vom Kanton Baselland, dass er das Energiegesetz und das dazugehörige Dekret dahingehend anpasst, dass eine signifikante Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie auf dem Kantonsgebiet erreicht werden kann.

Alle Bauten, die gut bis sehr gut geeignete Dachflächen, Fassaden oder andere Oberflächen haben, sollen einen Teil der von ihnen benötigten Energie durch Photovoltaikanlagen selbst produzieren. Dazu sollen sowohl Anreize als auch verpflichtende Massnahmen beitragen. Weiter soll auch eine mögliche Vermietung von geeigneten Dachflächen in Betracht gezogen werden.



Roman Brunner,
Fraktionspräsident SP BL

Dazu braucht der Kanton eine Strategie.

Mit der von uns geforderten Schaffung eines Innovationsfonds «Sonnenenergie» können die nötigen Kredite für den ökologischen Umbau bereitgestellt und die im Klimaplan postulierte Finanzplatzverantwortung eingefordert werden. Durch die Nutzung der Staatsgarantie der BLKB können Kredite mit Vorzugsbedingungen an innovative Projekte und Startups im Bereich der Nutzung von Solarenergie mit Standort im Baselbiet vergeben werden.

Die Landratsfraktion nimmt ihren Gestaltungsanspruch für ein fortschrittliches Baselbiet auch mit der Umsetzung des Klimaplan wahr. Denn nur so erreichen wir eine lebenswerte Zukunft und sozialen Fortschritt für alle in unserem Kanton.

AUS DEM GROSSEN RAT

Vergewaltigungsmythen als zentraler Ansatzpunkt in der Gewaltprävention

EINE GESELLSCHAFT MIT GELEBTER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER IST EINE GESELLSCHAFT FREI VON SEXUALISierter GEWALT. ABGESEHEN VOM PARADIGMENWECHSEL IM SEXUALSTRAFRECHT BRAUCHT ES MASSNAHMEN IN DER GEWALTPRÄVENTION.

Stereotype Vorstellungen und Erwartungen, wie Opfer und Täter sich vor, während und nach Sexualdelikten verhalten, halten sich hartnäckig – auch im Sexualstrafrecht. Diese Vergewaltigungsmythen verharmlosen sexualisierte Gewalt und schreiben der gewaltbetroffenen Person Mitschuld zu (Victim-Blaming). In Spanien waren Strassenproteste gegen Urteile zu Vergewaltigungen entscheidend dafür, dass die Regierung dem Parlament ein progressives Sexualstrafrecht nach dem Prinzip «Solo sí es sí» vorlegte. Dass in Basel gegen das Urteil des Appellationsgerichts zum Fall Elsäßerstrasse so viele Menschen auf

die Strasse gingen, ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass die Schweizer Gesellschaft sich bewegt.

Gesellschaftliche Probleme lassen sich jedoch mit dem Strafrecht alleine nicht lösen. Denn auch die Befragungen durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte sind von Vergewaltigungsmythen geprägt und für die Opfer sexualisierter Gewalt stark belastend. Ziel einer linken Politik muss es sein, diese Mythen zu brechen und Ursachen anzugehen. Es braucht Prävention, aber auch einen besseren Zugang zum Recht und mehr Unterstützung für Opfer.

Die SP-Fraktion hat deshalb bei der Regierung nachgefragt und



Barbara Heer, Grossrätin

nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Kanton dabei ist, einen Runden Tisch zu diesem Themenkomplex einzurichten. Verbesserungspotenzial gibt es jedoch weiterhin an verschiedenen Stellen. Beispielsweise hat keine einzige Professur an der juristischen Fakultät in Basel eine Geschlechterperspektive oder forscht zum Sexualstrafrecht. Daraus ergeben sich Lücken auch in der Grundausbildung von Jurist:innen, einer der wichtigsten Berufsgruppen im Kontakt mit gewaltausübenden und gewaltbetroffenen Personen. Wir als SP-Fraktion müssen also am Thema dran bleiben. Der Weg ist noch lang, bis Vergewaltigungsmythen in unseren Institutionen, Gesetzen und der Gesellschaft tatsächlich verschwinden und sexualisierte Gewalt abnimmt.